

Politik im Dialog: Wirtschaft braucht Ergebnisse

Deutschland ist Industrieland, dies begründet seine ökonomisch starke Stellung. Vor allem die Unternehmen des mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbaus stehen für hohe Beschäftigung mit guter Bezahlung und niedriger Arbeitslosigkeit. Damit in Deutschland auch künftig innovative Unternehmen produzieren, sind attraktive Standortbedingungen nötig. Gute Industriepolitik setzt diese im engen Dialog mit der Wirtschaft.

Gemeinsam Erfolg erarbeiten

Im Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung den Maschinenbau als Kernbereich der deutschen Wirtschaft hervorgehoben. Folgerichtig hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit Unternehmen, Gewerkschaften und dem VDMA einen Branchendialog Maschinenbau wiederbelebt. Traditionell verbinden gerade Gewerkschaften mit Industriepolitik einen lenkenden Staat, der Unternehmen vermeintlich richtige Entscheidungen abnimmt. Der Standort Deutschland wird hingegen gestärkt, wenn die Politik sich auf flankierende Maßnahmen bei Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel beschränkt: Moderne Industriepolitik soll einen Handlungsrahmen für Unternehmen setzen, ohne lenkend einzugreifen; Unternehmen entfalten auf eigenes Risiko und in eigener Verantwortung selbstständig ihre Innovationskraft.

Blick für das große Ganze behalten

Im sogenannten Bündnis „Zukunft der Industrie“ haben sich Bundeswirtschaftsministerium, Gewerkschaften und Industrieverbände zusammengetan. Die Beteiligten möchten Ergebnisse und Forderungen einzelner Branchendialoge koordinieren und in verbindliche Aufgaben für die Akteure umsetzen: Die Sozialpartner, indem sie Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen gestalten; die Politik, indem sie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen breitenwirksam fördert ohne Einzelinteressen herauszugreifen; und die Unternehmen, indem sie dieses Umfeld nutzen und in Wachstum und Beschäftigung investieren.

Potenziale von Industrie 4.0 nutzen

Um die Technologieführerschaft im Maschinenbau zu erhalten, will die Große Koalition das Zukunftsthema Industrie 4.0 aktiv unterstützen. Der VDMA begrüßt deshalb die Initiative des Wirtschaftsministers, in der Plattform zu Industrie 4.0 zusammenzuarbeiten. Klar ist dabei: was ein tragfähiges Geschäftsmodell ist und was nicht, wissen die Unternehmen selbst am besten. Das ist ihre Kernkompetenz. Beim Rechtsrahmen, also beispielsweise beim Datenschutz oder Arbeitsrecht, muss die Politik mit der Wirtschaft kooperieren.

KurzZahl

Wussten Sie, dass laut OECD der Industrieanteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland mit 22,4 Prozent (2012) gut sieben Prozentpunkte über dem EU27-Durchschnitt (15,3 Prozent) lag?

Markteingriffe nur in Ausnahmefällen

Besondere Anforderungen an eine gute Industriepolitik stellen die Bereiche Umwelt und Energie. Markteingriffe sind hier teils notwendig, weil Belastungen für Dritte entstehen, die der Verursacher verantworten sollte. In diesen Fällen sollten vorrangig marktnahe Instrumente an Stelle von Ordnungsrecht eingesetzt werden. Dieser Maßgabe folgend hat die Bundesregierung mit dem VDMA und anderen Wirtschaftsverbänden eine Initiative gestartet, bei der 500 Energieeffizienz-Netzwerke bis 2020 gegründet werden sollen. In jedem dieser Netzwerke sollen bis zu 15 Unternehmen gemeinsam in ihren Betrieben Energie sparen. Gerade der Maschinenbau steht für Effizienz. Der VDMA wird seine Mitgliedsunternehmen aktiv bei der Gründung eigener Energieeffizienz-Netzwerke unterstützen. Denn die Unternehmen wissen selbst am besten, wo die größten Potenziale zum Energiesparen sind.

Europäische Industriepolitik anstoßen

Auf europäischer Ebene gelten prinzipiell die gleichen Anforderungen wie auf nationaler Ebene. Positiv ist, dass die Europäische Union die Wichtigkeit der europäischen Industrie erkannt hat und die Reindustrialisierung Europas als Priorität politisch vorantreiben will. Industrie 4.0 bietet dafür riesige Chancen. Herausforderungen wie bei Datensicherheit oder -hoheit müssen europäisch angegangen und im engen Dialog mit der Industrie gelöst werden. Auch die europäische Handelspolitik ist für den exportorientierten Maschinenbau in ganz Europa bei der Realisierung von Industrie 4.0 bedeutend. Nationaler Protektionismus in Form von Zöllen oder verschiedenen Standards und Normen schadet letztlich allen. Freihandel und ein einheitlicher Binnenmarkt erhöhen hingegen den Wohlstand in ganz Europa.

Fazit

Gute Industriepolitik muss die industrielle Wettbewerbsfähigkeit stärken. Aufgabe der Politik ist es dabei, im Dialog mit der Wirtschaft klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen ohne Unternehmen durch übermäßige Regulierung einzuschränken. Jedem Dialog müssen zielorientierte Ergebnisse folgen, die den Wettbewerb am Markt fördern. Dann beweist die Regierung Wirtschaftskompetenz und schmückt sich nicht nur mit der erfolgreichen Industrie.

Kontakt

Andreas Rade, Geschäftsführer VDMA Hauptstadtbüro
Telefon +49 30 306946-12, E-Mail andreas.rade@vdma.org

Stefanie Seele, VDMA Hauptstadtbüro
Telefon +49 30 306946-24, E-Mail stefanie.seele@vdma.org

www.vdma.org

Mehr KurzPositionen



vdma.org/kurzpositionen